

Antworten des Landesverbandes DIE LINKE auf die Wahlprüfsteine des Landesbauernverbandes Brandenburg

1. Mit welchen Maßnahmen möchten Sie den Verlust an Landwirtschaftsflächen wirkungsvoll stoppen und landwirtschaftliche Fläche als Bewirtschaftungs- und Existenzgrundlage erhalten?

Brandenburg muss seinen Anteil dazu leisten, das Nachhaltigkeitsziel der Bundesregierung zu erreichen, bis 2030 bundesweit nicht mehr als 30 ha pro Tag neu zu versiegeln. Dazu bedarf es einer Strategie des Landes, die die dafür notwendigen Instrumente nennt. Notwendig sind sowohl Regelungen im Planungsrecht als auch Förderinstrumente, die beispielsweise die Innenentwicklung attraktiver macht als den Neubau auf der „grünen Wiese“. Für die Freiflächen-Photovoltaik streben wir eine räumliche Steuerung durch die regionalen Planungsgemeinschaften an, damit die geeignetsten und am wenigsten konfliktbelasteten Standorte ausgewählt werden – gerade auch unter dem Gesichtspunkt des Flächenverlustes für die Landwirtschaft.

2. Wie sieht eine zukunftsfähige Nutztierstrategie aus und welche 2 Schlüsselmaßnahmen sehen Sie am dringendsten?

Leitbild für die Nutztierhaltung sollte es sein, eine flächengebundene Tierhaltung zu bewahren, die hinsichtlich Futterbeschaffung und Gülleverwertung eine Kreislaufwirtschaft ermöglicht. Die Nutztierbestände in landwirtschaftlicher Haltung sollen nicht weiter zurückgehen.

Grundsätzlich begrüßen wir den Ansatz der „Borchert-Kommission“, ein hohes Tierwohlniveau über eine zusätzliche – für Verbraucherinnen und Verbraucher leistbare – Finanzierung abzusichern. Von entscheidender Bedeutung ist für uns eine langfristige Verlässlichkeit. Tierhalterinnen und Tierhalter müssen sicher sein können, dass ihre langfristigen Investitionen nicht schon nach kurzer Zeit durch geänderte Vorschriften in Frage gestellt werden. Weitere Maßnahmen sind (beispielhaft) der Ausbau regionaler Verarbeitung und Vermarktung, die weitere Unterstützung des Landes bei der Tierkörperbeseitigung, schnellere Genehmigungsverfahren, eine Weidetierprämie, weitere Unterstützung beim Herdenschutz.

3. Welche 3 Maßnahmen wollen Sie vordringlich fördern, um die Landwirtschaftsbetriebe bei der Klimaanpassung zu begleiten und wie wollen Sie dies tun? In diesem Zusammenhang: Wie wird eine Bewirtschaftung der Moore durch traditionelle Landwirtschaft sichergestellt? Welche zusätzlichen langfristigen Finanzierungsinstrumente werden eingesetzt?

Das Projekt „Klimabauern“ des Landesbauernverbandes zeigt eindrucksvoll die Möglichkeiten der Klimaanpassung. Wichtige Unterstützungsmaßnahmen sind: Unterstützung der Forschung und des Praxistransfers zu klimaangepasster Bewirtschaftung, Förderprogramme für notwendige Investitionen und Wissenstransfer durch Vernetzung der Akteure und landwirtschaftliche Beratung.

DIE LINKE begrüßt den Ansatz, im Moorschutzprogramm auf dem überwiegenden Teil der Fläche die Wasserstände so einzustellen, dass eine herkömmliche Grünlandnutzung möglich ist. Eventuell notwendige Extensivierungen müssen durch verlässliche Förderprogramme begleitet werden. Darüber hinaus begrüßen wir die Entwicklung alternativer Anbaumethoden (z.B. Paludikulturen) auf freiwilliger Basis. Solange sich diese Produktion nicht selbst am Markt trägt, muss sie übergangsweise staatlich unterstützt werden, sei es durch Förderprogramme oder durch Abnahmegarantien für Produkte.

4. Wie wollen Sie in der kommenden Legislatur Bürokratie abbauen?

Dazu liegen die 55 Vorschläge des Landesbauernverbandes sowie zahlreiche weitere Vorschläge aus der Agrarministerkonferenz vor. DIE LINKE kritisiert, dass die Zeit seit den letzten Bauernprotesten nicht dafür genutzt wurde, konkrete Festlegungen zu treffen und Landwirtschaftsbetriebe zu entlasten. Es muss ein enges Zusammenwirken zwischen EU, Bund und Ländern geben – viele, aber nicht alle Entbürokratisierungsmöglichkeiten sind auf Landesebene zu realisieren. Den Schwerpunkt sehen wir beim Abbau überflüssiger Dokumentationsanforderungen und doppelter Berichtspflichten. Aufwand und Nutzen müssen in einem sinnvollen Verhältnis stehen, es darf kein Riesenkontrollaufwand für Bagatellangelegenheiten betrieben werden. Wir möchten Umweltstandards nicht absenken, sondern einfacher und leichter handhabbar machen. Um diese und andere agrarpolitische Fragen in enger Abstimmung mit dem Berufsstand zu bearbeiten möchten wir ein ständiges Beratungsgremium mit Vertreterinnen und Vertretern der Landwirtschaftsverbände beim Agrarministerium einrichten.

5. Wie stehen Sie zur Ausgleichszulage für benachteiligte Gebiete und werden Sie diese für die gesamte Legislatur erhalten?

DIE LINKE würde die Agrarförderung grundsätzlich gerne so konzipieren, dass sie konkrete Gemeinwohlleistungen honoriert und damit die Betriebe unterstützt, gesellschaftliche Anforderungen zu erfüllen. Dabei sollten nicht, wie bisher, nur Aufwand und Ertragsausfälle erstattet werden, sondern auch Gewinne erzielt werden können, damit eine besonders umwelt- und sozialverträgliche Landwirtschaft zum lohnenden Geschäftsmodell wird. Solange dies nicht realisierbar ist, müssen Instrumente wie die Ausgleichszulage erhalten bleiben, um die wirtschaftliche Existenz der Betriebe unter den oft schwierigen brandenburgischen Bedingungen abzusichern. Wir gehen davon aus, dass dies während der gesamten kommenden Legislaturperiode erforderlich sein wird.

6. Planen Sie sich dem Bereich des Bodenmarkts zu widmen und welche konkreten Maßnahmen stehen dabei für Sie im Vordergrund? Letzteres bitte konkret untersetzt mit jeweils einem Instrument.

DIE LINKE steht für die Verabschiedung eines Agrarstrukturgesetzes, um eine ortsgebundene und im ländlichen Raum verwurzelte Landwirtschaft abzusichern. Wichtige Instrumente sind: Genehmigungsvorbehalt und Vorkaufsrecht von landwirtschaftlichen Flächen zugunsten von Betrieben mit regionaler Verbundenheit, Einführung eines Preisdeckels, Genehmigungsvorbehalt für Anteilsverkäufe landwirtschaftlicher Unternehmen insbesondere mit Einschränkungen für außerlandwirtschaftliche Kapitalanleger, öffentlicher Bodenfonds mit langfristiger Verpachtung der Flächen an ortsansässige Betriebe, Gründung einer brandenburgischen Siedlungsgesellschaft. Die vom Agrarministerium vorgeschlagene Benachteiligung größerer Betriebe beim Flächenerwerb sehen wir kritisch; es sollte auf das Geschäftsmodell (regional verwurzelte Landbewirtschaftung) ankommen und nicht auf die Betriebsgröße.

7. Welche konkreten Ansätze und Maßnahmen verfolgen Sie, um die Bedrohung von Weidetieren durch den Wolf in den Griff zu bekommen und wird es ein aktives, quotiertes Bestandsmanagement geben? Wie sehen Sie die Finanzierung für Präventionsmaßnahmen dauerhaft gesichert und welchen Ausgleich wird es für Fraßschäden durch geschützte Vogelarten geben?

Erst wenn auf EU- und Bundesebene die rechtlichen Voraussetzungen für ein aktives Bestandsmanagement beim Wolf geschaffen werden, könnte das Land entsprechende Regelungen schaffen. Nach aktueller Rechtslage würde eine solche Landesregelung absehbar vor Gericht scheitern. Aktuell sehen wir den Schwerpunkt deshalb darin, die Entnahme problematischer Einzeltiere zu vereinfachen sowie Herdenschutz und Entschädigung von Wolfsrissen vollumfänglich und langfristig abzusichern. Die bislang dafür vorgesehenen Instrumente halten wir grundsätzlich für richtig, sie müssen jedoch einfacher und schneller handhabbar gemacht werden. Selbst wenn eine stärkere Bejagung des Wolfs zukünftig möglich wäre, wird Herdenschutz immer noch unumgänglich sein.

Eine Förderrichtlinie für nachgewiesene Fraßschäden durch Gänse, Schwäne und Kraniche können wir uns gut vorstellen, verbunden mit ergänzenden Managementmaßnahmen (Vergrämung auf gefährdeten Kulturen bei gleichzeitigem Angebot von ungestörten Fraßplätzen).

8. Wie stehen Sie dazu, die regionale Ernährungssicherung in die Verfassung aufzunehmen? Welche Folgen leiten Sie davon ab?

Wir halten dies für einen guten Vorschlag und unterstützen ihn. Sie würde das Land aus unserer Sicht in erster Linie dazu verpflichten, regionale Verarbeitungs- und Vermarktungsketten zu unterstützen und die Landwirtschaft von der Konkurrenz am Weltmarkt unabhängiger zu machen. Die dafür verfügbaren Instrumente (Fördermöglichkeiten, regionale Qualitätssiegel) müssen ausgebaut werden.

9. Wie stehen Sie zu einer gesamtheitlichen Ackerbaustrategie auf Landesebene, die u. a. Themen der Düngung, Pflanzenschutz, aber auch Technik beinhaltet? Welche 3 konkreten Maßnahmen müssten dabei unbedingt berücksichtigt werden?

Für DIE LINKE ist es ein unentschuldbares Versäumnis der aktuellen Landesregierung, dass sie den Auftrag des Landtages zu Erarbeitung einer Düng- und Ackerbaustrategie nicht erfüllt hat, obwohl gerade die Düngung für die Landwirtschaft ein Thema von entscheidender Bedeutung ist. Wir halten eine solche Strategie für dringend erforderlich. Wichtige Inhalte müssten unter anderem sein: Förderung der Klimaanpassung im Ackerbau, stärkere Berücksichtigung der Verursachergerechtigkeit bei Einschränkungen der Düngung zum Schutz des Grundwassers („rote Gebiete“), Möglichkeiten eines umweltgerechten reduzierten Einsatzes von Dünger und Pflanzenschutzmitteln unter Berücksichtigung der Ertragssicherheit und Einkommenssicherheit der landwirtschaftlichen Betriebe.

10. Wie sehen Sie die Einführung anerkannter Landwirtschaftsverbände, die auf Landesebene mit ähnlichen Befugnissen wie anerkannte Naturschutzverbände ausgestattet sind, soweit es einen Bezug auf agrarischen Themen gibt?

Die Einführung von gesetzlich verbrieften Beteiligungs- und auch Klagerechten für anerkannte Landwirtschaftsverbände halten wir für eine gute Idee, die – da juristisches Neuland – noch der genaueren Ausgestaltung bedürfte. Uns ist dabei wichtig, dass die Anerkennungskriterien so formuliert werden, dass der landwirtschaftliche Berufsstand in seiner ganzen Breite und mit seinen unterschiedlichen Ansätzen repräsentiert ist.